



Budget 2023 und Finanzplan 2023–2026

Zusatzbericht und -antrag des Regierungsrats vom 20. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat hat das Budget 2023 und den Finanzplan 2023–2026 am 6. September 2022 zu Händen des Kantonsrats verabschiedet. Im Budget 2023 ist eine Teuerungszulage von einem Prozent eingestellt. Schon bei der Verabschiedung durch den Regierungsrat war bekannt, dass der dafür budgetierte Betrag nicht ausreichen und dem Kantonsrat ein Zusatzbericht und -antrag mit den aktuellen Entwicklungen zu unterbreiten sein wird. Der Regierungsrat beabsichtigt, dem Personal die volle Teuerungszulage zu gewähren. Im gleichen Zusammenhang ergibt sich ein Anpassungsbedarf bei der Normpauschale.

Der Regierungsrat gliedert seinen Bericht wie folgt:

1. Teuerungszulage Personal
2. Normpauschale
3. Neue Leistungsvereinbarungen
4. Finanzielle Auswirkungen
5. Anträge

1. Teuerungszulage Personal

Gemäss § 51 Abs. 2 des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz; PG; BGS 154.21) kann der Regierungsrat die Gehälter jeweils auf Jahresanfang, unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Kantonsrat, ganz oder teilweise der Teuerung anpassen. Es ist die Absicht des Regierungsrats, die volle Teuerung auszugleichen. Die Berechnungen zum Teuerungsausgleich stützen sich auf den Landesindex der Konsumentenpreise (Stand September 2022, Indexbasis Dezember 2010 = 100 Punkte), welcher per Ende September 2022 einen Wert von 102,6 Punkten ausweist. Die aktuellen Löhne basieren auf einem Indexstand von 100,4 Punkten, weshalb bei vollem Ausgleich eine Teuerungszulage von 2,19 Prozent gegenüber den Vorjahresgehältern zu gewähren ist. Dies entspricht dem prozentualen Anstieg des Landesindex für Konsumentenpreise von 100,4 auf 102,6 Indexpunkte.

Im Budget 2023 ist bereits eine Teuerungszulage von einem Prozent im Betrag von 3,424 Millionen Franken enthalten. Zusätzlich sind somit 1,19 Prozent Teuerungszulage im Betrag von 4,065 Millionen Franken ins Budget 2023 aufzunehmen. Total beträgt damit die enthaltene Teuerungszulage 2,19 Prozent oder 7,489 Millionen Franken.

Die Erhöhung von 4,065 Millionen Franken wird ebenfalls für die Planjahre 2024–2026 eingestellt.

Die Teuerungszulage wird den Mitgliedern des Regierungs- und des Kantonsrats, den Richterinnen und Richtern, den Mitarbeitenden der Verwaltung, den Lehrpersonen sowie den Mitarbeitenden mit Stundenlöhnen gewährt.

2. Normpauschale

Gemäss § 4 Abs. 2 der Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldung des gemeindlichen Lehrpersonals (Schulsubventions-Verordnung; BGS 412.312) wird auf die Normpauschale sowie auf die Jahreswochenstundenpauschale jährlich der gleiche Teuerungsausgleich gewährt, wie er gemäss Regierungsratsbeschluss auf die Jahresgehälter des Staatspersonals ausbezahlt wird. Wie unter Ziffer 1 ausgeführt, beantragt der Regierungsrat eine Teuerungszulage von 2,19 Prozent gegenüber den Vorjahresgehältern.

Im Budget 2023 sind bereits ein Prozent Teuerung im Betrag von 0,878 Millionen Franken enthalten. Zusätzlich sind somit 1,19 Prozent Teuerung im Betrag von 1,044 Millionen Franken ins Budget 2023 aufzunehmen. Total beträgt damit die enthaltene Teuerung 2,19 Prozent oder 1,922 Millionen Franken.

Die Erhöhung von 1,044 Millionen Franken wird ebenfalls für die Planjahre 2024–2026 eingestellt.

3. Erneuerung von Leistungsvereinbarungen

Gestützt auf gesetzliche Grundlagen kann der Kanton Zug die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mittels Leistungsvereinbarungen auf private Dritte übertragen. Für neu abzuschliessende oder per 2023 zu erneuernde respektive zu verlängernde Leistungsvereinbarungen ist vorgesehen, dass die Teuerungszulage für die Mitarbeitenden gemäss den jeweiligen Regierungsratsbeschlüssen für das Staatspersonal gewährt wird. Entsprechende Formulierungen werden in die neu abzuschliessenden oder zu erneuernden Vereinbarungen aufgenommen.

Die meisten der erwähnten Leistungsvereinbarungen befinden sich derzeit noch in der Verhandlungsphase, weshalb noch nicht abschätzbar ist, wie sich die Teuerungszulage beim Personalaufwand betraglich auswirken wird. Auf eine Anpassung im Budget 2023 wird deshalb verzichtet. Gemäss § 23 Abs. 1 Bst. c FHG werden jedoch die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Budget in der Jahresrechnung 2022 ausgewiesen.

Sollte die Gewährung der Teuerung zu wesentlichen Überschreitungen des jeweiligen Budgets führen, wird die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) entsprechend informiert.

4. Finanzielle Auswirkungen

4.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Der zusätzliche Aufwand im Budget 2023 für die Teuerungszulage und die Teuerung auf der Normpauschale beträgt 5,109 Millionen Franken und wird auf der Kostenstelle 5011 (Allgemeiner Personalaufwand für die Teuerungszulage) und 1740 (Amt für gemeindliche Schulen für die Normpauschale) eingestellt. Die Finanzplanjahre werden entsprechend fortgeführt.

Der Ertragsüberschuss des Budgets 2023 nimmt deshalb von 253 443 776 Millionen Franken auf 248 334 776 Franken ab. In den Finanzplanjahren reduziert sich der Ertragsüberschuss im 2024 auf 323,5 Millionen Franken, im 2025 auf 376,4 Millionen Franken und im 2026 auf 419,2 Millionen Franken (2026).

A	Investitionsrechnung	2023	2024	2025	2026
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Ausgaben				
	bereits geplante Einnahmen				
2.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Ausgaben				
	effektive Einnahmen				
B	Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplante Abschreibungen				
4.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektive Abschreibungen				
C	Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan: bereits geplanter Aufwand	4 302 000	4 302 000	4 302 000	4 302 000
	bereits geplanter Ertrag				
6.	Gemäss vorliegendem Antrag: effektiver Aufwand	9 411 000	9 411 000	9 411 000	9 411 000
	effektiver Ertrag				

4.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Für die Gemeinden ergeben sich keine direkten finanziellen Auswirkungen aus diesem Beschluss. Praxisgemäss werden viele Gemeinden die Teuerungszulage des Kantons übernehmen.

5. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen folgende Änderungen im Budget 2023 beziehungsweise Finanzplan 2023–2026:

- den Aufwand in Konto 5011.3010.54 um 4 065 000 Franken im Budget 2023 und den Finanzplanjahren 2024–2026 zu erhöhen;
- den Aufwand in Konto 1740.7100.3632.10 um 1 044 000 Franken im Budget 2023 und den Finanzplanjahren 2024–2026 zu erhöhen.

Zug, 20. Oktober 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Der Landschreiber: Tobias Moser

Beilage: Erlasstext Regierungsratsbeschluss

90/sl